



FÖRDERUNG STATT AUSGRENZUNG

Es wird Zeit für eine neue Bildungspolitik

Bildung ist eines der wichtigsten Zukunftsthemen, das entscheidend die Chancen der nachfolgenden Generationen und die Entwicklung unseres Landes bestimmt. Bildung entscheidet über die Möglichkeiten zur Teilhabe in unserer Gesellschaft, daher muss sie allen Menschen unabhängig von Herkunft, Einkommen oder sozialem Status der Eltern zugänglich sein. Und Bildung ist ein Thema, das im Rahmen unserer föderalen Struktur entscheidend auf Landesebene zu gestalten ist. Für uns GRÜNE hat Bildung Priorität und ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit.

Derzeit bleiben viele Potenziale unentwickelt und die Chancen für einen guten Schulabschluss sind stark von der sozialen Herkunft abhängig. Diese Chancengleichheit ist ein bildungspolitischer Skandal.



Nicht verordnen, sondern ermöglichen

GRÜNE ALTERNATIVEN

Der Schlüssel, dies zu ändern, ist ein Mehr an individueller Förderung von Anfang an. Der Bedeutung der frühkindlichen Bildung werden wir deshalb durch die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans und der Ausweitung einer flexiblen Schuleingangsstufe an den Grundschulen in besonderem Maße Rechnung tragen. Wir wollen kleinere Klassen sowie mehr Zeit zum Lernen und zur individuellen Förderung in allen

Schulformen. Mit unserem Konzept für eine Neue Schule wollen wir längeres gemeinsames Lernen bis zum Ende der Mittelstufe auf den Weg bringen. Ganztagsangebote in offener oder gebundener Form werden wir ausweiten, die gymnasiale Schulzeitverkürzung stressfreier gestalten und unseren Schulen mehr Freiheit ermöglichen. Wir wollen die berufliche Bildung stärken und das lebensbegleitende Lernen erleichtern. Das alles wollen wir nicht von oben verordnen, sondern von unten ermöglichen und unterstützen. Deshalb stehen wir für mehr Selbstständigkeit unserer Bildungseinrichtungen und für den Ausbau regionaler Unterstützungsstrukturen.

Mehr zu den Konzepten finden Sie auf den folgenden Seiten und im Internet:

www.gruene-hessen.de -

Themen - Bildung

FDP-KULTUSMINISTERIN KÜRZT BEI DER BILDUNG

Der erhoffte Aufbruch an Hessens Schulen bleibt aus

Viele Bürgerinnen und Bürger hatten sich von der neuen Kultusministerin Dorothea Henzler einen echten Aufbruch in der hessischen Bildungspolitik versprochen. Diese Erwartung ist in den vergangenen zwei Jahren bitter enttäuscht worden, viele Wahlkampfversprechen der FDP wurden gebrochen. Die 105-prozentige Lehrerversorgung ist in weite Ferne gerückt, der Ausbau von Ganztagschulen kommt weiterhin nur im Schneckentempo voran und das Land lässt die Kommunen beim Ausbau der Schulsozialarbeit allein. Der Wunsch vieler Eltern nach längerem gemeinsamen Lernen und dem möglichst langen Offenhalten aller Bildungsabschlüsse wird weiter ignoriert

und die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans stockt.

HENZLER KÜRZT AUCH AM UNTERRICHT

Bisher ist der einzig neue Akzent von FDP-Bildungspolitik in Hessen das Kürzen an der Bildung. Damit hat die Landesregierung den jahrelangen Konsens im Landtag gebrochen, im Bildungsbereich nicht zu kürzen. 45 Millionen Euro wurden im Jahr 2011 bei den Schulen gekürzt, das meiste Geld beim Vertretungsunterricht. Im Jahr 2012 sollen noch einmal über 65 Millionen Euro eingespart werden. Die im Mai 2011 bekannt gewordenen Pläne des Kultusministeriums sahen vor, dass u.a. bei der

Lehrerbildung massiv gekürzt werden soll. Das würde die Axt an die Qualität des Unterrichts legen, denn ohne gut aus- und fortgebildete Lehrerinnen und Lehrer gibt es keine gute Schule.

NEUES SCHULGESETZ

Während andere Länder ihr Schulsystem wirklich reformieren, belässt es Kultusministerin Henzler mit der Mittelstufenschule dabei, den Haupt- und Realschulen ein neues Türschild zu verpassen. Auch wird die UN-Behindertenrechtskonvention nicht umgesetzt und ein verbindlicher Zeitplan zur Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung steht aus.



HESSENS WEG ZU SELBSTÄNDIGEN SCHULEN

Pädagogische Freiheit statt Mangelverwaltung

Durch größtmögliche pädagogische und organisatorische Freiheiten für die einzelne Schule wollen wir Qualitätsverbesserungen im Bildungswesen erreichen. Alle Expertinnen und Experten sind sich einig, dass die Stärkung der Schulen vor Ort zu besseren Bildungsergebnissen führen kann. Mit unserem Konzeptpapier „Hessens Weg zu selbstständigen Schulen“ machen wir einen umfassenden Vorschlag, wie sich das Bildungssystem ändern muss, um Schulen optimal auf ihrem Weg zu mehr Selbständigkeit zu fördern. Selbständigkeit ist jedoch kein Selbstzweck, sondern muss zu besserer Qualität und individuellerer Förderung führen.

SCHULGEMEINDEN ETWAS ZUTRAUEN

Wir wollen die Schulgemeinden stärken, ihnen vertrauen und ihnen etwas



zutrauen. Es ist an der Zeit für einen Paradigmenwechsel: Weg von der zentralistischen Kulturbürokratie hin zu selbstständigen Schulen. Die Schulverwaltung soll konsequent auf die selbstständigen Schulen ausgerichtet werden, um die einzelne Schule optimal in ihrer Arbeit zu unterstützen. Neben der Rolle der einzelnen Schule soll auch die

des kommunalen Schulträgers gestärkt und die Budgets von Land und kommunalen Schulträger zusammengeführt werden. Für die Staatlichen Schulämter bedeutet das, dass sie weitestgehend kommunalisiert werden, die Unterstützungsleistungen für Schulen und Lehrkräfte zukünftig also vor Ort organisiert werden. Für die verbleibenden Aufgaben der Schulaufsicht im engeren Sinne und der Gewährleistung der Lehrerversorgung wird es am Ende weniger Staatliche Schulämter des Landes brauchen. Der Weg zu mehr Selbständigkeit kann nur erfolgreich sein, wenn er freiwillig ist und wenn die Schulen dafür zusätzliche Mittel erhalten über die sie selbst entscheiden können und damit Neues auf den Weg bringen können. Daher wollen wir die Einführung der selbständigen



Maren Beßler / pixello.de

Nicht frei wie ein Vogel, aber ...

Schulen zeitgleich mit der versprochenen 105-prozentigen Lehrerversorgung auf den Weg zu bringen.

DIE STAATLICHE VERANTWORTUNG BLEIBT

Ein Mehr an Selbständigkeit bedeutet jedoch nicht einen Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung. Dieser bleibt nach unserem Konzept verantwortlich für die Festlegung der Bildungsziele, die angemessene Finanzierung der Schulen, die strukturelle Weiterentwicklung des Schulsystems, die Gewährleistung vergleichbarer Lernbedingungen an allen Schulen sowie die Fach- und Dienstaufsicht.

www.gruene-hessen.de -
Konzepte für Hessen

IHRE ANSPRECHPARTNER ZUM THEMA BILDUNGSPOLITIK

MATHIAS WAGNER



Parlamentarischer Geschäftsführer
Sprecher für Bildung

Tel.: 0611/350 746
m.wagner@ltg.hessen.de
www.mathiaswagner.de

SARAH SORGE



Vizepräsidentin des Hessischen Landtags
Sprecherin für Wissenschaft und Kultur

Tel.: 0611/350 202
s.sorge@ltg.hessen.de
www.sarah-sorge.de

MARGARETHA HÖLDOBLER-HEUMÜLLER



Sprecherin für Wirtschaft,
Aus- und Weiterbildung

Tel.: 0611/350 748
m.hoelldobler-heumueller@ltg.hessen.de
www.hoelldobler-heumueller.de

ANGELA DORN



Sprecherin für Verbraucher- / Ressourcenschutz und Belange der Studierenden

Tel.: 0611/350 634
a.dorn@ltg.hessen.de
www.angeladorn.de



GUTE BILDUNG VON DER KITA BIS ZUR HOCHSCHULE

Unsere Schulen brauchen wieder Luft zum Atmen, für kreative pädagogische Konzepte und individuelle Förderung. Daher muss die Lehrerversorgung auf 105 Prozent erhöht werden.

GUTE BILDUNG VON ANFANG AN

Um die Arbeit in den Kindergärten qualitativ noch weiter zu verbessern und die vorschulische Bildung zu stärken, wollen wir die Kindergärten zu Bildungsgärten weiterentwickeln. Darüber hinaus wollen wir den Übergang von Kindergarten zur Grundschule verbessern.

GANZTAGSANGEBOT AUSBAUEN

Viele Schulen wollen ihr Ganztagsangebot ausweiten, um so mehr Zeit zum Lernen, für individuelle Förderung und eine andere Verteilung des Unterrichts über den Tag zu haben. Wir setzen uns dafür ein, dass hierfür die Voraussetzungen geschaffen und auch mehr echte Ganztagschulen und nicht vorwiegend die pädagogische Mittagsbetreuung gefördert wird.

MEHR SELBSTSTÄNDIGKEIT

Wir wollen unsere Schulen von zentralistischen Vorgaben befreien. Sie brauchen mehr Eigenständigkeit und weitgehende Freiräume, verbunden mit den dafür notwendigen Mitteln und einer Überprüfung der Ergebnisse. Nicht das Kultusministerium in Wiesbaden, sondern die Schulgemeinde vor Ort weiß am besten, was gut für ihre Schule ist.

GEMEINSAMER UNTERRICHT

Wir wollen, dass der gemeinsame inklusive Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf von der Ausnahme zur Regel wird.

BERUFLICHE BILDUNG STÄRKEN

Das duale Ausbildungssystem wollen wir als tragende Säule der Berufsausbildung beibehalten und die Rolle und Bedeutung der beruflichen Schulen in

diesem Kontext weiterentwickeln. Dabei muss die vorrangige Verantwortung der Wirtschaft für genügend Ausbildungsplätze erhalten bleiben. Die Mittel für das Übergangssystem zwischen Schule und Beruf sollen zielgenauer eingesetzt und Warteschleifen vermieden werden.

STUDIENPLÄTZE AUSBAUEN

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass es mehr Studienplätze für motivierte Studierende aus allen Schichten gibt. Nötig sind gute Studienbedingungen und eine gerechte Teilhabe an Bildung ohne Rücksicht auf die finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses. Wir haben die Studiengebühren abgeschafft und damit eine große Zugangshürde zu den Hochschulen beseitigt. Jetzt brauchen wir mehr

Studierende – damit wir in Zukunft genug kluge Köpfe mit innovativen Ideen haben. Für die angekündigte Erhöhung der Studierendenzahlen brauchen die Hochschulen allerdings eine verlässliche Finanzierung – andernfalls würde die Qualität der Ausbildung leiden.

LEBENSBEGLEITENDES LERNEN

Wir wollen die lebensbegleitende Weiterbildung als gleichberechtigten Teil des öffentlichen Bildungssystems ausbauen. Sie stärkt die Menschen in der Auseinandersetzung mit sich ständig wandelnden gesellschaftlichen Strukturen und beruflichen Anforderungen. Es gilt, Anreize zur Förderung des lebensbegleitenden Lernens zu schaffen.

AUFBRUCH ZUR NEUEN SCHULE

Wir GRÜNEN wollen längeres gemeinsames Lernen bis zum Ende der Mittelstufe. Wir sind überzeugt, dass damit in der Breite, bei den besonders Begabten und bei Schülerinnen und Schülern mit schulischen Schwierigkeiten bessere Ergebnisse als bislang erzielt werden können. Das PISA-Siegerland Finnland macht vor, wie es geht.

Wir GRÜNEN in Hessen werden diesen Weg aber nicht von oben verordnen oder einzelnen Schulen vorschreiben. Schulreformen müssen vielmehr von den Schulgemeinden vor Ort ausgehen und von ihnen getragen werden.

Seit Jahren und Jahrzehnten wird in Hessen die Auseinandersetzung zwischen Befürwortern des gegliederten Schulsystems und Anhängern von längerem gemeinsamem Lernen teilweise ideologisch geführt. Die Frage der praktischen Umsetzbarkeit ist dabei oft in den Hintergrund getreten. Wir GRÜNE haben uns mit unserem Konzept für eine Neue Schule die Mühe gemacht, den Weg zu längerem gemeinsamen Lernen sehr präzise und umsetzbar zu beschreiben.

In den kommenden fünf Jahren wollen wir es der Hälfte der weiterführenden Schulen auf freiwilliger Basis ermöglichen, sich zu Neuen Schulen weiterzuentwickeln. Diese Neuen Schulen zeichnen sich durch folgende inhaltliche und qualitative Weiterentwicklung des schulischen Angebots aus:

- **Alle Abschlüsse an einer Schule:** Die „Neuen Schulen“ bieten alle Bildungsabschlüsse der Sekundarstufe I und die allgemeine Hochschulreife (als G9 und nicht G8).
- **Länger gemeinsam lernen:** In den „Neuen Schulen“ lernen Schülerinnen und Schüler in der Regel gemeinsam bis Klasse 9 bzw. 10.
- **Keine Klasse mit mehr als 25 Schülerinnen und Schülern**
- **Bedarfsgerechtes Ganztagsangebot:** gemäß der Ausweitung des Ganztagschulprogramms für alle Schulen
- **Individuelle Förderung statt Querversetzung und Sitzen bleiben**
- **Vernetzung von Schule, Jugend- und Sozialarbeit**

MEHR ZUR NEUEN SCHULE

Das komplette Konzept zur Neuen Schule und weitere Konzepte der Landtagsfraktion finden Sie auf unserer Webseite:

www.gruene-hessen.de - Konzepte für Hessen



VON DER AUSNAHME ZUR REGEL

Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung umsetzen

Das Land Hessen ist seit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2009 aufgefordert, die Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im allgemeinen Schulsystem umzusetzen. Das neue Schulgesetz von Kultusministerin Henzler (FDP) setzt dies jedoch völlig unzureichend um und ist in den entscheidenden Punkten vage. Das Recht auf inklusive Beschulung wird zwar proklamiert, allerdings wird dies unter einen so genannten Ressourcenvorbehalt gestellt. Letztlich ändert sich dadurch konkret kaum etwas, denn

auch bisher haben fehlende Lehrerstellen und Sachmittel in vielen Fällen dazu geführt, dass diese Schülerinnen und Schüler keinen Platz an der Regelschule gefunden haben.

FÖRDERSCHULE NUR AUF WUNSCH DER ELTERN

Wir zeigen mit unserem Vorschlag einen realistischen Weg auf, wie Inklusion in Hessen umgesetzt werden kann. Hierbei ist von zentraler Bedeutung, dass die Förderschullehrer den Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen an die allgemeine Schule folgen und nicht mehr die Schülerinnen und Schüler den Lehrerinnen und Lehrern an die Förderschule. Wir wollen, dass der Besuch der allgemeinen Schule von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen von der Ausnahme zur Regel wird. Eine Beschulung an Förderschulen erfolgt demnach nur noch auf ausdrücklichen Wunsch der



Soziale Kompetenz profitiert von Inklusion

Eltern und diese Wahlmöglichkeit wird festgeschrieben. Bei dieser Entscheidung werden die Eltern unabhängig beraten. Die kommunalen Schulträger sollen die Möglichkeit erhalten, Schwerpunktschulen für Inklusion einzurichten. Mit einem konkreten Stufenplan haben wir aufgezeigt, wie der Anspruch auf inklusive Beschulung bis zum Schuljahr 2017/18 vollständig umgesetzt werden kann.

www.gruene-fraktion-hessen.de -
Themen - Bildung & Behindertenpolitik



HOCHSCHULEN FÜR DIE ZUKUNFT FIT MACHEN

Bessere Qualität für mehr Studierende

Bildung ist unsere wichtigste Zukunftsressource. Die gesamte Gesellschaft profitiert von der Innovation und Kreativität gut ausgebildeter Menschen in Wissenschaft und Wirtschaft. Um im globalen Wettbewerb mithalten zu können, brauchen wir mehr und besser ausgebildete Hochschulabsolventinnen und -absolventen. Unsere Ziele sind daher: Eine bessere Qualität des Studiums und der Abbau von Zugangshürden. Mit der Abschaffung der Studiengebühren in der vergangenen Legislaturperiode haben wir eine große Zugangshürde zu den Hochschulen beseitigt.

IMMER MEHR STUDIERENDE

Die Hochschulen stehen wegen der stark steigenden Studierendenzahlen durch die doppelten Abiturjahrgänge aufgrund von G8 sowie dem Wegfall von Wehr- und Zivildienst und der seit



Bessere Qualität erfordert auch mehr Geld

Jahren zu niedrigen Grundfinanzierung vor enormen Herausforderungen. In dieser Situation hat die Landesregierung den Hochschulpakt im Jahr 2011 um 30 Millionen Euro gekürzt, während im Gegenzug die private European Business School knapp 25 Millionen Euro für den Aufbau eines juristischen Fachbereichs erhält. Wir meinen, das ist unverantwortlich gegenüber den staatlichen Hochschulen. Auch wenn den Hochschulen für das Jahr 2012 20 Millionen Euro mehr in Aussicht gestellt werden,

bleibt es bei einer Kürzung von 10 Millionen Euro bei gleichzeitig immer mehr Studierenden. Gute Qualität für mehr Studierende bei weniger Mitteln wird nicht funktionieren. Wir fordern stattdessen eine klare politische Priorität für Bildungsausgaben.

www.gruene-fraktion-hessen.de -
Themen - Wissenschaft

IMPRESSUM

Herausgeberin
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611/350 582
E-Mail: gruene@ltg.hessen.de

V.i.S.d.P.
Mathias Wagner
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion & Layout
Till Haupt

Fotos
Eigene, pixelio.de
Druck Mai 2011